

**Anwesend waren
vom Beirat**

Peter Rüdel
Sandra Reith
Rainer Stadtwald
Annette Wagener
Harald Deerberg
Steffen Eilers
Reinhard Werner
Sabine Wohlers
Jochen Killing
Alexia Sieling
Birgit Menz
Peter Kadach
Michael Jonitz
Daniel de Olano
Entschuldigt fehlten Angelika Wunsch und Songül Yildirim

vom Ortsamt

Robert Bücking - Vorsitz
Andrea Freudenberg - Protokoll

Gäste:

Vertreter/innen vom Mädchenkulturhaus, Die Friese e.V. und VAJA e.V.

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Tagesordnung:

1. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Zukunft der Kinder- und Jugendförderung – Perspektiven Anpassungskonzept
Zentrale und dezentrale Leistungen der Jugendarbeit im Stadtteil
Vertreter/innen von VAJA e.V., Die Friese e.V. und Mädchenkulturhaus sind eingeladen
3. Aktuelles – Antrag Umweltzone
4. Entscheidung über Anträge auf Beiratsmittel
5. Mitteilungen des Beiratssprechers
6. Mitteilungen des Ortsamtes

TOP 1

- **Herr Lohmann**, Jugendkoordinator des Sportvereins Union 60, möchte der 1. C-Jugend – Fußballern die Teilnahme am One-Nation-Cup in Durban Südafrika ermöglichen. Gemeinsam mit einigen Jugendlichen bittet er den Beirat um Unterstützung bei den Fahrtkosten. Das 2. Treffen werde vom 3.-12.7.2008 stattfinden. Kurzfristig sagt der SV Werder die Teilnahme ab und damit reichen die Finanzen der 1. C-Jugend nicht aus. Um das Geld zu besorgen seien die Jugendlichen nun auf der Suche nach Sponsoren und Möglichkeiten, wie sie sich die Reisekosten verdienen können.

Frau Reith findet es schade, dass es nun schon die 2. Reise nach Südafrika sei, aber nur Jungen und keine Mädchen davon profitieren.

Dazu wird mitgeteilt, dass bei diesem Fußball-Turnier nur Jungen teilnehmen können, aber die Anregung für weitere mögliche Treffen unter Einbeziehung von Mädchen aufgenommen werde.

Der Beirat bewilligt einstimmig € 2000,00 mit der Auflage, dass die Jugendlichen anschließend einen Bericht über die Fahrt und das Turnier im Beirat abgeben.

- **Eine Anwohnerin** spricht das Fällen von zwei Bäumen auf dem Platz an der Lüneburger Straße / Vor dem Steintor an. Ende April wurde im Auftrag von Stadtgrün die zwei Bäume gefällt ohne die Bevölkerung vorher darüber zu informieren.

Herr Bücking erklärt, dass dem Ortsamt vorher mitgeteilt wurde, dass die Bäume krank seien und wegen Unfallgefahr gefällt werden müssen. Die Arbeiten mussten nachts wegen der Straßenbahnüberleitungen ausgeführt werden.

Er greift den Vorschlag der Bewohnerin auf und richtet den Appell an Stadtgrün, über die Medien die Bevölkerung vorher über diese Baumfällmaßnahmen zu informieren. Er schlägt vor, dass in der Zeitung (z.B. Stadtteil-Kurier) die Liste der abgängigen Bäume durch Stadtgrün benannt werden. Das Ortsamt werde in diesem Sinne mit Stadtgrün Kontakt aufnehmen.

Bauantrag Weser Stadion:

Auf Nachfrage von **Herrn Rüdell** teilt **Herr Bücking** mit, dass der Vorhaben- und Erschließungsplan Weser Stadion aufgrund der neuen Gegebenheiten nicht geändert werden müsse. Werder Bremen habe nun einen Bauantrag für die reduzierte Bauweise gestellt.

TOP 2

Herr Rüdell informiert , dass augenblicklich 6,6 Mio Euro für die freie Jugendarbeit in Bremen gezahlt werden. Das Budget werde zwischen den Stadtteilen nach verschiedenen Indikatoren verteilt. Im Rahmen der Neuanpassung des Anpassungskonzeptes werde z.Zt. diskutiert, die Schwerpunkte der Mittelvergabe zu Gunsten benachteiligter Stadtteile zu verändern. Die Mittelzuweisung über Sozialindikatoren, demografischen Wandel und Zentralitätsbonus sei sinnvoll, aber die Gewichtung sollen noch einmal überprüft werden. Die Orte, an denen sich junge Menschen treffen, seien nicht immer die Stadtteile, in denen sie wohnen, beschreibt Herr Rüdell die Situation.

Die Mittelvergabe im Stadtteil erfolge über die Controllingausschüsse nach dem Konsensprinzip. Werde keine Einstimmigkeit erzielt, entscheide die Leitung des Sozialzentrums. Der Beirat wolle nun die Diskussion zur Verbesserung des Prozesses anstoßen und habe einige Vertreter/innen der Verbände/ Jugendeinrichtungen eingeladen, damit sie über ihre Arbeit berichten und eine Einschätzung zur momentanen Lage abgeben.

Die Friese e.V.

Die Vertreter/innen der Friese e.V. berichten über ihre Arbeit. Mit ihren Angeboten seien sie eine Anlaufstelle für Jugendliche aus allen Stadtteilen Bremens. Der Schwerpunkt der Friese liege im Musikbereich. Neben der Organisation von Konzerten verfüge die Friese über Übungs- und Proberäume für die verschiedensten Jugendmusikbands aus der ganzen Stadt. Neben dem Musikbereich existiere eine Fahrradwerkstatt, das Jugendcafé, Internetcafé und ein Medienpool stehe zur Verfügung.

Kooperationen bestehen zur Schule Schaumburger Straße sowie Wilhelm-Wagenfeld-Schule in Huchting.

Mädchenkulturhaus

Aysun Kul berichtet, dass ihre Angebote, wie z.B. Fotoworkshop, Hip-Hop-Gruppe stadtteilübergreifend angewählt werden. Es kommen Mädchen aus diesem Stadtteil, aber ebenso auch aus anderen Stadtteilen. Etliche Mädchen suchen regelmäßig das Mädchenkulturhaus auf, weil sie diese Angebote zuhause nicht haben. Die Mädchen seien im Alter zwischen 7 bis 14 Jahre.

VAJA e.V.

Die Vertreter/innen des Vereins stellen ebenfalls fest, dass viele Jugendliche das Viertel als ihren sozialen Mittelpunkt ansehen. VAJA leiste aufsuchende Jugendarbeit. Über Streetwork werden die Jugendlichen in verschiedenen Projekten, wie z.B. Discomeile, Punkprojekt angesprochen.

Im weitem Verlauf der Sitzung wird das in den Ausschüssen erarbeitete Papier zur Förderung der Kinder -und Jugendarbeit diskutiert.

Als Vertreter/in des CA´s machen **Frau Wohlers** und **Herr Rüdell** deutlich, dass sie bei der Entscheidung über die Mittelvergabe mehr Verantwortung übernehmen wollen. Man müsse mehr über die Einrichtungen und ihre Arbeit erfahren und was den Jugendlichen im Detail angeboten werde. Das Konsensprinzip reiche nur dann aus, wenn ausreichend Haushaltsmittel vorhanden seien. Jetzt sei Selbstverantwortung gefragt und sie setzen sich dafür ein, dass zukünftig die Entscheidungen über das Stadtteilbudget und andere Beschlüsse in den CA´s als Mehrheitsentscheidung getroffen werden.

Herr Werner stellt fest, dass das Konsensprinzip nicht ausreiche. Es sei bei der Haushaltslage in Bremen kaum davon auszugehen, dass die Mittel für Jugendförderung erhöht werden. Das Viertel könne am besten entscheiden, wie die Gelder verteilt werden, deshalb sollen die Träger bei der Geldverteilung mitwirken.

Frau Sieling spricht die besondere Situation im Stadtteil an. Die Frage der Mittelvergabe müsse auch auf anderen Ebenen wie z.B. dem Ausschuss für Beiratsangelegenheiten politisch diskutiert werden.

Seitens der Friese e.V. werden Bedenken angemeldet. Sie stellen es sich außerordentlich schwierig vor, über die Arbeit anderer Träger im Stadtteil und damit über die Mittelvergabe im CA letztendlich zu entscheiden.

Herr Barde, Sportgarten, versteht das Anliegen des Beirates. Hier sei Gesprächsbedarf gegeben. Im Vergleich zu anderen Stadtteilen sei im Bereich Mitte / Östl.Vorstadt eine besondere Vielfalt gegeben, die unbedingt zu berücksichtigen sei. Zur Mittelvergabe schlägt er vor, ein Schlichtungsgremium zu bilden.

Frau Kul kann sich vorstellen mehr Verantwortung zu tragen, aber nur wenn mehr Einblick und Informationen gegeben seien. Dafür müssen klare Strukturen geschaffen werden.

Herr Rüdell plädiert dafür, in der heutigen Sitzung über den vorliegenden Antragstext abzustimmen. Damit komme er in die Diskussion in den zuständigen Gremien und auch der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten solle sich mit der Thematik befassen.

Herr de Olano schlägt vor, dass der Beirat entweder den Beschlussvorschlag vertagt und die Thematik im CA diskutiere oder den vorliegenden Antrag beschließe.

Dazu schlägt er vor, den Text im Punkt 3 umzuformulieren, um dann entscheiden zu können.

Herr Deerberg bezieht sich auf die eingeforderten Beiratsrechte und der Forderung der Beiräte, mehr Verantwortung zu übernehmen. Er unterstütze den Vorschlag von Herrn Barde, ein Schlichtungsgremium zu bilden.

Der von **Herrn Bücking** vorgetragene Änderungsvorschlag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Unter Punkt 3 werden die beiden letzten Sätze gestrichen und ein neuer Punkt 6 eingefügt.

Der Beschluss lautet:

Zur Zukunft der Kinder- und Jugendförderung im Rahmen des Anpassungskonzeptes

Der Beirat Östliche Vorstadt fordert den Erhalt einer wichtigen Lebenswelt für Kinder und Jugendlichen in Bremen: der Kinder- und Jugendprojekte, -verbände und -initiativen.

Diese Einrichtungen ermöglichen vielfältige Lernerfahrungen, unterstützen die Kompetenz zur Selbstorganisation, unterstützen die Persönlichkeitsbildung und begleiten viele Jugendliche durch Krisen im schulischen oder familiären Zusammenhang. Vor 8 Jahren wurden wichtige Umsteuerungen in der Kinder- und Jugendarbeit durch das Anpassungskonzept vorgenommen. Im Jahre 2008 läuft nunmehr das Anpassungskonzept aus. Die Der Beirat Östliche Vorstadt fordern nach den Erfahrungen mit dem noch laufenden Anpassungskonzept:

1.

Kinder- und Jugendförderung braucht Planungssicherheit. Voraussetzung muss daher wie in der Vergangenheit ein garantierter Finanzrahmen für die stadtteilorientierte Jugendarbeit sein, der das Budget der stadtteilorientierten Jugendarbeit für die Stadt festschreibt. Das Budget muss aufgestockt werden, um die Personalkosten- und Preissteigerungen seit 2000 aufzufangen.

Darüber hinaus benötigen auch die einzelnen Kinder- und Jugendeinrichtungen einen mindestens über zwei Jahre garantierten Etat, der ihnen erlaubt, Programme und Schwerpunkte zu planen.

2.

Veränderungen bei der Mittelzuweisung für die Stadtteile gab es bisher über die demografischen Veränderungen bei den Jugendeinwohnern unter 21 Jahren, die Sozialindikatoren und den sog. Zentralitätsbonus.

Wir halten beide Instrumente weiterhin generell für sinnvoll, möchten dennoch noch einmal die Kriterien an sich und ihre Gewichtung überprüfen. Nach wie vor werden z.B. ausschließlich Daten über die Wohnbevölkerung zugrunde gelegt. Die Aufenthaltsorte verschiedener "Szenen" etwa sind davon jedoch unabhängig und können eine Belastung darstellen, die Kinder und Jugendliche in diesen "Aufenthaltsquartieren" verarbeiten und teils ertragen müssen. Ein Teil dieser Jugendszenen benötigt Ansprechpartner/innen an diesen Aufenthaltsorten.

Bei der Debatte über die Kriterien für die Mittelzuweisung an Bremens Stadtteile soll die Einführung einer Sockelfinanzierung einbezogen werden, mit der in jedem Stadtteil eine Mindestausstattung mit Jugendeinrichtungen garantiert wird.

Im Sinne der Integration verschiedener Jugendszenen ist dabei auch die Funktionsfähigkeit von zentralen Jugendeinrichtungen wichtig.

3.

Die Einrichtung von Controlling-Ausschüssen (CA) zur Entscheidung über die Mittelvergabe im Stadtteil stellt einen demokratischen und partizipativen Fortschritt dar. Die Mittel des Stadtteilbudgets werden zur Zeit über die Controllingausschüsse (CA) Mitte und Östliche Vorstadt im Konsens vergeben. Der Entscheidungsweg mit entweder Konsensprinzip oder bei Dissens Entscheidung durch den Sozialzentrumsleiter hat sich aus Sicht der beteiligten Stadtteilbeiräte nicht bewährt.

4.

Der zunehmende Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen wird den Bereich der Kinder- und Jugendförderungen verändern. Es gibt viele Aufforderungen zur Zusammenarbeit der beiden Bereiche, zum Teil auch Erfolge, aber dennoch entwickelt sich dieser Prozess langsam. Es treffen unterschiedliche pädagogische Ansätze, rechtliche Rahmenvorgaben und Entscheidungsstrukturen auf einander, die sehr unterschiedlich

sind. Wir schlagen deshalb vor, auf der Beiratsebene halbjährliche Stadtteil-/Planungskonferenzen zu erproben und institutionalisieren, bei denen jede Schule und jeder Träger der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil mit mindestens einer autorisierten Person vertreten ist. Auf diesen Konferenzen werden konkrete Verabredungen für das kommende Schulhalbjahr getroffen.

5.

Im außerschulischen Bereich haben sich in den vergangenen Jahren, mitinitiiert durch das Anpassungskonzept, vielfältige Ansätze zur Partizipation Jugendlicher und Kinder in Bremen entwickelt. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist dem Beirat Östliche Vorstadt sehr wichtig. Diese partizipativen Ansätze müssen erhalten und weiterentwickelt werden.

Für unabdingbar hält der Beirat Östliche Vorstadt daher, dass in der Planung von Angeboten für Kinder und Jugendliche die Betroffenen selbst beteiligt sind. Daher sollten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, in dieser Planung ihre Anliegen und Wünsche einzubringen. Diese Möglichkeit kann ihnen auf verschiedenen Ebenen angeboten werden, sei es im Viertelparlament für Kinder und Jugendliche, über die Schülervvertretungen oder in einem Teil der halbjährlichen Planungskonferenz.

6.

Die Verantwortung für alle Entscheidungen zu Mittelkürzungen sollen klar und deutlich bei der Politik bleiben. Der Mechanismus in dem die lokale Kompetenz, die Jugendhilfeplanung und die Budgetsteuerung auf geeignete Weise zusammengeführt werden können, muss noch gefunden werden! Dies ist die Aufgabe der nächsten Zeit.

TOP 3

Herr Rüdell begrüßt, dass einerseits die Graf-Moltke-Straße in die Umweltzone mit aufgenommen worden sei, kritisiert aber, dass der Osterdeich aus der Umweltzone gestrichen worden sei.

Für die Fraktion B90/Die Grünen bringt er deshalb folgenden Antrag ein:

Der Osterdeich gehört in eine funktionierende Umweltzone!

Die Einführung einer Umweltzone in Bremen hat das Ziel, die Feinstaubbelastungen zu verringern. Der im Städtevergleich hohe Anteil Bremens an Herz- und Kreislauferkrankungen ist Ausdruck, der zur Zeit hohen Belastung der Bürgerinnen und Bürger. Feinstaub ist ein Teil dieser Belastungen. Viele Bewohner der betroffenen Stadtteile – vor allem Kinder und ältere Menschen – werden daher von einer geringeren Belastung durch Feinstaub gesundheitlich profitieren. Soll das Ziel der Umweltzone, nämlich eine gesundheitliche Verbesserung der Lebensqualität in Bremen, erreicht werden, muss die Umweltzone auch effektiv sein und funktionieren. Dies kann aber nur der Fall sein, wenn man den hochbelastenden Verkehr großräumig um die betroffenen Bereiche herumführt. Wenn man jetzt den Osterdeich aus der Umweltzone herausnimmt, wird dieser Verkehr aber eben nicht aus dem Belastungsbereich herausgehalten. Dies wird zu einer höheren Belastung nicht nur des Osterdeichs, sondern auch der umliegenden Straßen führen, in die der Verkehr teilweise abfließen wird. Richtig ist aber, dass die Einführung einer Umweltzone für Anwohner, Geschäftsleute und Unternehmer zu Einschränkungen und Belastungen führen wird. Gerade aber deswegen sind wir es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, uns für eine sinnvolle und effektive Umweltzone einzusetzen, die dann auch wirklich zu einer messbaren Reduktion der Feinstaubbelastungen führt. Wir sehen den Osterdeich als notwendigen Teil einer funktionierenden Umweltzone. Das Ziel, um das es geht, nämlich einer Verbesserung der Lebensqualität in den betroffenen Stadtteilen, darf nicht durch eine löchrige, halbherzige Umweltzone konterkariert werden.

Wir wollen das nicht akzeptieren!

Der Beirat Östliche Vorstadt fordert, den Osterdeich mit in die Umweltzone aufzunehmen!

Herr de Olano begründet seine ablehnende Haltung zu diesem Antrag. Seiner Meinung nach müsse die Zufahrt in die City erhalten bleiben. Die eklatanten Probleme liegen nicht in der City, sondern an der Bismarckstraße und in der Neustadt.

Frau Sieling und **Herr Werner** beziehen sich auf den mittlerweile von Herrn Senator Dr. Loske formulierten Kompromissvorschlag, dem nichts hinzuzufügen sei. Vom Beirat gebe es einen Beschluss zur Umweltzone und deshalb werde der GO-Antrag auf Nichtbefassung gestellt.

Der Antrag auf Nichtbefassung wird bei 5 ja - Stimmen und 6 nein - Stimmen abgelehnt. Der Antrag von B90/ Die Grünen wird mit 5 ja - Stimmen und 7 nein - Stimmen abgelehnt.

TOP 4

Die Entscheidung über die Mittelvergabe ist der beigefügten Anlage zu entnehmen.

TOP 5

Frau Sieling berichtet von der Sitzung des Gesamtbeirates:

Verteilung Globalmittel –

Die Kriterien und deren Gewichtung (Einwohner, Straßenlänge, Soz.Transferleistungen, Migrationsanteil, Altbauanteil) sollen verändert werden und damit eine neue Verteilung zwischen den einzelnen Stadtteilen erfolgen.

Frau Sieling schlägt eine Befassung im Beirat vor, damit ein Votum für die Beratung im Gesamtbeirat abgegeben werden könne.

Pädagogische Mittagstische in den Schulen –

Zur nächsten Sitzung des Gesamtbeirates werde die Bildungsbehörde eingeladen, anschließend werde sich der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten mit der Thematik befassen.

TOP 6

Herr Bücking berichtet von der Veranstaltung am 7.5.2008 in der Friedensgemeinde, an der 70 - 80 Bürger teilgenommen haben. In der Versammlung ging es um die Entwicklung der frei werdenden Flächen auf dem Gelände des Klinikums Mitte. Die Senatorin Frau Rosenkötter und der Senator Herr Dr. Loske werden nun in einem Brief um ein Gespräch gebeten, um einen Beteiligungsprozess auf den Weg zu bringen.

TOP 7

- **Herr Stadtwald** spricht das Müllproblem auf den Osterdeichwiesen an. Die Nutzer der Wiesen hinterlassen ihren Abfall auf den Grünbereichen oder rund um die aufgestellten Müllgefäße.

Nach Auskunft von Stadtgrün werde der Bereich täglich gereinigt. Das reiche nach Meinung des Beirates nicht aus. Über weitergehende Maßnahmen müsse nachgedacht werden

- **Herr Stadtwald** erwartet, dass bei der Straßenreinigung die ENO und der Quartierservice besser ihre Arbeit koordinieren. **Herr Bücking** teilt mit, dass er bereits in zahlreichen Veranstaltungen versucht habe, eine bessere Arbeitsteilung zu erreichen.

- Als weiteres Problem schildert **Herr Stadtwald** das Problem der alkoholisierten Kinder und Jugendlichen, die sich anlässlich des 1. Mai-Zeltes auf den Osterdeichwiesen treffen.

Herr Bücking verweist auf verschiedene Aktionen vor einigen Jahren seitens der Kooperationsrunde Jugendarbeit. Über Alternativangebote für die Jugendlichen sei versucht worden, das Problem zu minimieren. Eine wirkliche Bewegung habe es aber nicht gebracht.

Vorsitz

Sprecher

Protokoll:

gez. Bücking

gez. Rüdell

gez. Freudenberg

Bücking

Rüdell

Freudenberg